

Nachricht

der Bürgerfraktion

Ausgabe 9/Mai 2007

Falscher Bau am falschen Ort

Wenn zu bisher zwei öffentlichen Veranstaltungen, bei denen es um den Neubau eines Gebäudes geht, über 500 Dresdner Bürgerinnen und Bürger kamen, dann zeugt alleine schon diese Anzahl von dem hohen Stellenwert, der diesem Neubau beigegeben wird.

Auch aus meiner Sicht geht es dabei um nichts weniger als um das Selbstverständnis der Bürgerschaft, auch mit dem Begriff **Identität** bezeichnet.

2002 beschloss der damalige Stadtrat auf Empfehlung der Stadtplaner den Bebauungsplan für den Neumarkt unter Einbeziehung der Grundstücksfläche des 1791 abgerissenen alten Gewandhauses. Die bereits damals vorgebrachten Argumente, sowohl der Stadtplaner und Architekten als auch der Denkmalpfleger, für eine Wiederherstellung der ehemaligen Raumstruktur durch den Neubau des Gewandhauses, sind aus ihrer Sicht auch durchaus schlüssig. Ebenso das Argument, dass der Platz in seiner Weite dadurch besser gegliedert und mit dem Jüdenhof ein eigenständiger Platz am Platz entstehen würde.

Auch die Argumentation von Herrn Prof. Cheret, dass auf dem Grundriss des Gewandhauses eher komplex als kleinteilig gebaut werden sollte, ist nachvollziehbar.

Aber selbst wenn man zunächst völlig außen vor lässt, wie ein solcher

platz, Wiener Platz, Rathenauplatz, Georgplatz und Pirnaischer Platz gegenüber.

Dabei sind der Postplatz und der Wiener Platz in den Gebäudeensembles noch nicht wieder abgeschlossen, also noch immer Baustellen.

Altmarkt (auch noch Baustelle) und Neumarkt dienen dagegen von jeher dem Handel und waren als Marktplätze immer auch Orte des Verweilens.

Der Altmarkt aber, mit den städtischen Märkten und dem Striezelmarkt, stößt bereits heute an seine Kapazitätsgrenzen. Mit der geplanten Erinnerungsstätte wird die Nutzfläche nochmals beschnitten werden.

Bleibt als eigentlicher Marktplatz der Neumarkt, für dessen Nutzung in dieser Hinsicht eine Sat-

zung sicherstellen muss, dass im Umfeld der historisch wieder aufgebauten Fassaden ein adäquat qualitatives Marktgeschehen mit wesentlichen Alleinstellungsmerkmalen wieder stattfinden kann.

Fortsetzung auf Seite 2



Bau aussehen könnte oder sollte, gibt es noch einen anderen Aspekt der Raumstruktur des Neumarkts zu beachten. Dabei sind auch die übrigen Plätze in Dresdens Stadtzentrum mit einzubeziehen: Theaterplatz und Schlossplatz mit ihrer vorwiegend kulturellen Nutzung stehen den übrigen, hauptsächlich verkehrstechnisch wichtigen Plätzen, wie Post-

Falscher Bau am falschen Ort

Fortsetzung von Seite 1

Genau diesen Prämissen folgt der Antrag der Bürgerfraktion, ab 2008 wieder einen historischen Weihnachtsmarkt, das Christfest, am Neumarkt zu etablieren. Solcherart Feste und Märkte können aber nur im Zusammenspiel mit der Frauenkirche und der historischen Bebauung des Platzes ihre besondere Wirkung entfalten. Dabei ist aber auch zu berücksichtigen, dass immer, schon aus logistischen Gründen, eine Bannmeile um die Frauenkirche eingehalten werden muss. Die eigentliche Nutzfläche ist dadurch eng begrenzt.



Gewandhausfläche

Allein dieses Beispiel zeigt deutlich, dass, wenn man den Neumarkt als historisches Identifikationsmoment in einer sich entwickelnden Stadt

schützen, gleichzeitig aber eine angemessene Nutzung erlauben will, das Gewandhausareal nicht bebaut werden darf. Vor allem aber nicht so, wie es derzeit vorgeschlagen wird.

Ich will die ästhetische Qualität der Entwürfe hier nicht beurteilen, aber wenn, wie bei einer kürzlich durch uns durchgeführten Umfrage, sich fast 90 Prozent der Befragten gegen eine Realisierung des Siegerentwurfs an dieser Stelle aussprechen, dann sollte diese Entscheidung der Dresdner über das

Erscheinungsbild ihrer Stadt die nötige Beachtung erfahren!

Für uns ist wichtig, erst einmal die im Bau befindlichen beziehungswei-



historische Ansicht des Judenhofes

se geplanten Quartiere am Neumarkt im Sinne der bisherigen, an den Leitbauten orientierten Architektur fertig zu stellen, um den Dresdnern ein wichtiges Stück identitätsstiftender Erinnerung zurück zu geben. Wenn sich dann herausstellen sollte, dass die ehemalige Raumkante für die Wirkung des Platzes eine solche Bedeutung hat, kann man vielleicht zu einem Kompromiss greifen.

Das könnte zum Beispiel eine die alten Raumkanten aufgreifende Festungsmauer mit Zugang zu den unterirdischen Kellern mit gastronomischer Nutzung sein.

Die Vorstellung einer Aufteilung des Neumarkts in mehrere kleinere, eigenständige Piazzetten ist zwar legitim, aber auf keinen Fall so zwingend notwendig, wie es derzeit behauptet wird. Genauso legitim ist es nämlich, den Platz in seiner Wirkung so zu belassen, wie er nun über 200 Jahre lang genutzt wurde. Dazu gehören auch die Blickbeziehungen in Richtung Johanneum, die bei einem Neubau verloren gehen würden.

Aber auch unter finanziellen Gesichtspunkten ist uns ein Neubau an dieser Stelle nicht einleuchtend. Solange die Stadt gerade im kulturellen Bereich über jede Menge Baustellen verfügt, ist der Neubau einer Kunstgalerie mit städtischen Mitteln alles andere als sinnvoll. Die Stadt kann und will sich ein weiteres Zuschussprojekt momentan nicht leisten. Nach über 200 Jahren, in denen das Grundstück nicht genutzt, sprich bebaut, wurde, ist es auch heute noch nicht der richtige Zeitpunkt für eine Wie-



Semper Ladengestaltung

Politische Versprechen ...

derbebauung. Erst müssen Operette, TJG, Kulturpalast, Festspielhaus Hellerau und nicht zuletzt der Konzertsaal für die Philharmonie finanziert und gebaut sein, bevor man über neue Projekte nachdenken kann.

Besonders unter dem Gesichtspunkt einer von unserer Fraktion geforderten Prüfung der Senkung der Grundsteuer können wir der geplanten Bebauung in dieser Form nicht zustimmen und fordern deshalb die Verwaltung dazu auf, das Grundstück nicht zu verkaufen. Wenn die Stadtverwaltung meint, ausreichend finanzielle Mittel für jährliche Zuschüsse an diese Kunstgalerie zu haben, sollten diese zuerst für eine Reduzierung der Abgabenlast der Bürger eingesetzt werden.

Ich denke, ein Gewandhaus mit Hotelnutzung ist für Dresden ausreichend.

Dass der Stadtrat dem Wettbewerb zustimmte, ist demokratisch legitim; ebenso ist es jetzt legitim und demokratisch, in Kenntnis der Wettbewerbsergebnisse der Neubebauung die Zustimmung zu versagen. Mit dieser Entscheidung, die ich auch mit Respekt gegenüber allen beteiligten



Der Fremdkörper

Büros am Wettbewerb treffen kann, ist das Thema Kunsthalle für Dresden für diesen speziellen Ort erst einmal zurückgestellt.

Als Bürgerfraktion werden wir uns dafür einsetzen, im Stadtrat eine breite Mehrheit für unsere Sicht zu erreichen, um Dresden nach der leidvollen, polarisierenden Diskussion um die Waldschlösschenbrücke einen erneuten Bürgerentscheid in dieser Frage zu ersparen.

Christoph Hille, Fraktionsvorsitzender

... und die Zeit danach

Im Zuge der Haushaltsbeschlussfassung im Jahr 2005 beschloss der Stadtrat, den Hebesatz für die Grundsteuer für Grundstücke (Grundsteuer B) von vormals 535 v. H. auf 635 v. H. anzuheben, trotzdem man schon bei der letzten Erhöhung dieser Steuer beschlossen hatte, diese wieder zu senken.

Um es klar zu sagen: Dieser Beschluss war angesichts der damals dramatischen Haushaltslage berechtigt. In der Debatte dazu wurde aber von allen Fraktionen betont, wie schwer ihnen diese Entscheidung fallen würde und dass diese Anhebung zu überprüfen sei, wenn es Dresden finanziell wieder besser geht. Für die FDP war die Steuererhöhung gar der Grund, den Haushalt 2005 komplett abzulehnen.

Nun: Der WOBA-Verkauf hat Dresdens Finanzlage im Vergleich zur damaligen Situation erheblich entspannt. Die Begründung zur Anhebung des Hebesatzes ist durch die jetzige Schuldenfreiheit entfallen. Aus diesem Grund ist es in unseren Augen nicht nur ein Gebot politischer Ehrlichkeit, sondern geradezu die Verpflichtung der Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung gegenüber den Bürgern der Landeshauptstadt, mit dem Wegfall der haushaltspolitischen Zwangslage zu überprüfen, ob die damalige Steuererhöhung wieder rückgängig gemacht werden kann.

Wie gesagt: Zu prüfen! Und genau das hat die Bürgerfraktion im April auch beantragt.

Man sollte meinen, dass dies alle Ratsfraktionen so sehen müssten, vor

allem, wenn man sich all das damals Gesagte wieder vor Augen führt. Doch weit gefehlt! Die CDU hatte nichts eiligeres vor, als uns per Pressemitteilung Populismus vorzuwerfen. Auch die SPD stellte, ohne sich überhaupt mit dem Anliegen befasst zu haben, klar, dass mit ihnen eine Steuersenkung nicht zu machen sei.

Nun könnte man mutmaßen, dass einige Stadtratsmitglieder dieser Parteien gern in die Bundespolitik aufsteigen möchten und deshalb schon mal für die nächste Steuererhöhung einer großen Koalition üben. Wenn dann aber bei der Behandlung im Finanzausschuss von eben diesen Parteien unser Antrag mit der Begründung abgelehnt wird, dass man es den Bürgern nicht erklären könne, wenn bei der Prüfung herauskäme, dass man die Steuer nicht senken kann, ist das schon ziemlich unverfroren.

Man muss sich das einmal vor Augen führen: Da werden 2005 Krokodilstränen vergossen, weil man Steuern erhöhen muss. Man beklagt, wie schwer einem dieser Schritt fallen würde und das man natürlich alles versuchen werde, die Steuererhöhung zurück zu nehmen, sobald dies möglich sei. Und dann, zwei Jahre später, lehnt man einen Antrag ab, der eine Prüfung (!) veranlassen soll, ob es für die Stadt vertretbar wäre, eben diese Steuer wieder zu senken. Und zwar mit dem Argument, dass man es sich ersparen wolle, eventuell (!) dem Bürger erklären zu müssen, dass eine solche Senkung nicht möglich sei. Da fehlen einem schlicht die Worte.

Christoph Hille

Die Grundsteuer ist eine Steuer auf das Eigentum an Grundstücken (Substanzsteuer) und wird von den Gemeinden und Städten erhoben; sie gehört also zu den Gemeindesteuern. Geregelt ist die Grundsteuer in Art. 106 VI GG und im Grundsteuergesetz (GrStG). Man unterscheidet zwischen Grundsteuer A und Grundsteuer B. Die Grundsteuer „A“ (agrarisches) wird auf Grundstücke der Landwirtschaft und die Grundsteuer „B“ (bauliches) für bebaute oder bebaubare Grundstücke und Gebäude erhoben. Berechnungsgrundlage der Grundsteuer ist der vom Finanzamt festgestellte Einheitswert. Die Grundsteuermesszahl dient zur Berechnung des Grundsteuermessbetrages und richtet sich nach der jeweiligen Grundstücksart.

Unterstellt: Der Bürger als Baummörder

Eine Initiative gegen Freiheit und Eigenverantwortung

Dresden ist bedroht! In kürzester Zeit werden die Bürger mit Ketten- sägen bewaffnet ins Freie stürmen und alle Bäume fällen, derer sie habhaft werden können! Mindestens 190 000 Bäume sind allein in Dresden akut von der Fällung betroffen!

So liest sich das Horrorszenario, dass derzeit vor allem von den Grünen verbreitet wird.

Hintergrund ist, dass die Sächsische Landesregierung im Zuge des durchgeführten „Paragraphen-Prangers“ die Abschaffung überflüssiger Vorschriften und die Reduzierung bürokratischer Bestimmungen plant. Unter anderem soll dabei das Sächsische Naturschutzgesetz geändert werden.

So können bisher die Kommunen selbständig Satzungen erlassen, die relativ frei sogenannte „geschützte Landschaftsbestandteile“ festlegen. In diesen Gebieten unterliegen dann beispielsweise Bäume und Sträucher strengen Restriktionen. Dresden hat zu diesem Zweck die Gehölzschutzsatzung erlassen.

Die Landesregierung plant nun, die Grundlage des Erlassens solcher Satzungen einzuschränken. In der geplanten Neufassung des Artikels 22 des Naturschutzgesetzes soll eingefügt werden, dass die kommunalen Gehölzschutzsatzungen

- nicht für Grundstücke mit einer Bebauung von bis zu zwei Wohneinheiten,
- nicht für mit Wohnhäusern bebaute Grundstücke bis 1 000 Quadratmeter und auch
- nicht für kleingärtnerisch genutzte Einzelgärten einer Kleingartenanlage gelten sollen.

In unseren Augen ein kleiner, aber durchaus richtiger Schritt, den Bürgern Eigenverantwortung zurückzugeben. Wir wollen mündige Bürger, die weder durch überbordende Bürokratie noch durch übertriebenen Verantwortungsentzug mittels staatlicher Gesetze gegängelt werden.

Auf Antrag der Grünen wurde nun

allerdings der (amtierende) Oberbürgermeister aufgefordert, sich beim Freistaat dafür einzusetzen, dass Dresden auch weiterhin den Bürgern das Baumfällen verbieten darf. Ebenfalls von den Grünen wurden 167 Unterschriften von Dresdner Bürgern gesammelt und medienwirksam dem Landtagspräsidenten übergeben.

Dass das oben beschriebene Horrorszenario von 190 000 akut von der Fällung bedrohten Bäumen an Populismus kaum noch zu überbieten ist, stört dabei wenig. Wenn wir das Weltklima retten wollen, dürfen wir das nicht den Bürgern überlassen.



Es gehört schon eine Menge Zynismus dazu, auf der einen Seite in allen Bereichen mehr Bürgerbeteiligung zu fordern, auf der anderen Seite aber eben jenen Bürgern jegliches Verantwortungsbewusstsein für ihre Umwelt und ihr Wohnumfeld abzusprechen.

An die Adresse der Grünen möchte ich deshalb noch einmal wiederholen: Kommen Sie herunter von Ihren Bäumen, die niemand fällen will und machen Sie mit uns gemeinsam eine verantwortliche Politik im Interesse der Menschen.

Akzeptieren Sie die persönliche Freiheit und Verantwortung des Einzelnen und spielen Sie sich nicht so arrogant als die einzigen Bewahrer von Natur und Umwelt auf.

Dass dem Antrag der Grünen im Stadtrat nach einer Auszeit selbst die CDU-Fraktion geschlossen (Fraktionszwang hat doch auch sein Gutes) zustimmte, wurde im Wesentlichen mit dem damit beabsichtigten Eingriff der Staatsregierung in die Kommunale Selbstverwaltung begründet. Das ist sicherlich richtig und die Bürgerfraktion wird daraus auch die notwendigen Konsequenzen ziehen. Wir sind schon heute sehr gespannt darauf, wie sich bei einer möglichen Ablehnung der Gesetzesänderung im Landtag die Fraktionen zu unserem

dann automatisch folgenden Satzungsänderungsantrag positionieren werden. Ob die derzeit angestrebte Neufassung des Artikels 22 dann so von uns übernommen wird, bleibt erst einmal offen; wir streben jedenfalls an, zum einen die Überregulierung im Gesetz zu beenden und andererseits im Gegenzug den Bürgern wieder mehr Eigenverantwortung zu übertragen.

In diesen Punkten sind wir uns einig mit dem Stadtverband der Kleingärtner und dem Verband der Wohnungseigentümer, die uns hierzu volle Unterstützung signalisiert haben und für deren Engagement wir uns hier ausdrücklich bedanken wollen.

... und keiner hat Schuld

Dresdens neue Eis- und Ballspielhalle

Nun sollte man ungeteilter Freude sein, noch in diesem Jahr, wir hoffen alle am 31. Juli 2007, wird die neue Eis- und Ballspielhalle im Ostragehege eröffnet. Für die Dresdner Eislöwen Spielstätte der Zukunft, für viele Sportvereine neue, moderne Heimat mit hervorragenden Bedingungen. Die Zeiten der alten, maroden und unwirtschaftlichen Eishalle sind vorbei.

„Dank“ einer Jahrhundertflut gefördert mit 17 Millionen Euro aus Mitteln zur Hochwasserschadensbeseitigung und aus regulären Sportfördermitteln kommt sie der Stadt auch nicht sonderlich teuer. Also alles o. k., eine Erfolgsstory ohne gleichen! Oder?

Ja, wenn da nicht der Projektverlauf sowie die Kosten- und Budgetentwicklung dieser Sportstätte wäre! Die Organisation des Baus lag federführend in den Händen des Sportstätten- und Bäderbetriebes, die politische Verantwortung dagegen kann der Sportbürgermeister aber nicht weiterdelegieren.

Gestartet wurde 2004 mit einem festen, mehrfach versprochenen Budget von 23,7 Millionen Euro, diese Gesamtkosten wurden vom Investor auf der Grundlage eines Vorentwurfes ermittelt und waren wichtiges Argument für die Zuschlagserteilung durch den Stadtrat. Im Übrigen wurde dieser Vorentwurf und damit auch die finanziellen Dinge von der Rechtsaufsicht geprüft. Also kein Grund, an der Seriosität des Angebotes zu zweifeln. Bald stellte sich aber heraus, dass die Planer (die gleichen, die den Vorentwurf erarbeitet haben) mit dem Budget nicht auskommen werden. Hektisch wurden die Pferde, sprich Planer gewechselt und der Sportbürgermeister versicherte mehrfach und sogar glaubwürdig, jetzt bleiben wir im vom Stadtrat genehmigten Kostenrahmen, ganz sicher. Der Wahrheitsgehalt dieser Versicherung hatte keine große Halbwertszeit. Bereits im Juni 2006 wurden die ersten Mehrkosten public und der Finanzausschuss genehmigte im Herbst 1,63 Millionen Euro zusätzlich, um den gesamten Bau



nicht zu gefährden. Diese Summe wäre noch im Rahmen üblicher Abweichungen von tatsächlichen und geplanten Kosten gewesen (rund sieben Prozent teurer). Aber nicht genug, heute ist das Gesamtbudget bei 28,6 Millionen Euro angelangt und weitere Ausgaben von rund 1,4 Millionen Euro wurden angekündigt. Hinzu kommt noch eine zeitliche Verzögerung in der Fertigstellung der Halle, was zu zusätzlichen gewaltigen Problemen zum Beispiel für die Eislöwen führt (Saisoneroöffnung). Geplant war März 2007, der anvisierte jetzige Termin 31. Juli ist sehr fraglich, so dass bereits ernsthaft daran gedacht wird, die alte Eishalle für viel Geld zu reanimieren! Insgesamt steigt das Budget über die 30 Millionen Euro-Marke, mehr als ein Viertel teurer, als vom Stadtrat genehmigt!

Das ist bei allem Verständnis für das komplizierte Bauvorhaben (Planung und Bau erfolgten zum Teil parallel) entschieden zu hoch und kann nur durch ein eindeutiges Missmanagement erklärt werden. Kann man diesem so einfach zustimmen? Hat dieser Stadtrat nicht beschlossen, nie wieder sich zu verschulden? Was nützt es dann, wenn die Verwaltung unverantwortlich solche Resultate erzielt. Nein, hier muss genau analysiert werden, wo die Fehler gemacht wurden, wer die Verantwortung dafür trägt. Und das muss auch zu personellen Konsequenzen führen. Es

kann und darf nicht sein, dass wir durch einen solchen Arbeitsstil der Verwaltung in die Schuldenfalle laufen!

Egal, wie es ausgehen wird, ein kommunalpolitischer Skandal besonderer Schwere ist diese Kostenexplosion. Stadtverwaltung, Obere Finanzaufsichtsbehörde in Chemnitz und auch das Regierungspräsidium, alle haben den Vorentwurf geprüft und als seriös angesehen und deshalb genehmigt! Heute kann es nicht sein, dass die Planer keine Schuld tragen, die Verwaltung nicht und die Behörden nicht. Nein, vielmehr soll der Stadtrat den Buhmann spielen. Wenn wir nicht energisch gegen dieses Versagen vorgehen, sind die nächsten Mehrausgaben vorprogrammiert!

Den Steuerzahler gibt es ja noch, Gott sei Dank! Er wird ja zahlen können.

Albrecht Leonhardt

Baukosten (netto) laut Internet 29. Mai 2007:

- Planung: ca. 3,5 Millionen Euro
- Durchführung: ca. 19,6 Millionen Euro
- Gesamtsumme: ca. 25 Millionen Euro

(davon Haustechnik Durchführung ca. 5,8 Millionen Euro netto)

Dresdner Schildbürgerstreiche

von Gerlinde Jurk

Einst wurde in einem deutschen Land
ein Städtchen namens Schilda bekannt.
Von seinen Bürgern wurde erzählt,
dass in ihren Köpfen Einiges fehlt.

Sie setzten so manchen Bau in den Sand
und werden bis heut Schildbürger genannt.
Haben ihre Nachkommen Schilda verlassen
und sich in Dresden niedergelassen?

Um mit Streichen und komischen Witzen
bei uns im Stadtrat herum zu sitzen?
Ohne Lenkung, ohne Leitung,
denn man las ja in der Zeitung,
der alte OB wurde entthront
und trotzdem mit seinen Bezügen belohnt.

Zwar war dann ein Vögelein gekommen
und hat seine Geschäfte übernommen,
zwitchert hier und zwitchert dort,
doch wenn's drauf ankommt, fliegt es fort.

Da ist zum Beispiel diese Brücke,
die ganze Welt lacht sich in Stücke,
für die Einen muss sie schnellstens her,
die Anderen woll'n sie aber nicht mehr.

Das Weltkulturerbe steht auf dem Spiel,
bei naiven Bürgern zählt das nicht viel.
Herr Doktor Milbradt meinte auch,
dass Dresden so was gar nicht braucht.

Ihm liegt wohl nicht so viel an Sachsen,
ist er doch hier nicht aufgewachsen.
Ihn kümmert kaum das Dresdner Geschehen,
er muss das Große und Ganze sehen.

So träumt der Stadtrat immer weiter,
es blickt herab der Goldene Reiter,
er denkt, wenn Ich was zu sagen hätte,
ich baute die neue Operette.

Und vieles andere, was noch fehlt.
denn das ist das, was wirklich zählt!
Bei euch hat jeder was zu melden,
das jedoch funktioniert ganz selten.

Sucht euch einen Chef wie mich,
der haut dann auch mal auf den Tisch,
der lässt sich nicht auf der Nase 'rumtanzen
von mittelmäßigen Rathaus(hof)schranzen.

Dresdner, aktiviert eure Lebensgeister
fordert einen neuen Oberbürgermeister!

Chiaverigasse

Der Erste Bürgermeister Dr. Lutz Vogel: „Der Name Chiaveri gehört in die Reihe der großen Baumeister wie Permoser, Semper oder Erlwein, nach denen bereits Straßen in Dresden benannt sind. Mit der Benennung dieser Gasse nach Gaetano Chiaveri verbinden sich ein Stück Stadtgeschichte sowie Architektur mit dem heutigen Stadtbild. Mögen die Dresdner und ihre Besucher durch diese Gasse gehen, den Namenszug ‚Chiaverigasse‘ lesen und den schönen Blick auf die Hofkirche mit der Erinnerung an ihren Erbauer verbinden.“



Brücke und Weltkulturerbe! Geht beides?

Im ewigen Konflikt Waldschlösschenbrücke kontra Weltkulturerbe gab es im April 2007 eine überraschende Initiative aus der Stadtverwaltung. Gegen die kompromisslose Haltung der CDU erarbeitete der Baubürgermeisters Feßenmayr (CDU) eine Beschlussvorlage, die rechtskonform einen Weg aufzeigt, wie möglicherweise ein Kompromiss mit der Unesco gefunden werden kann: Durchführung einer Perspektivwerkstatt und Anfertigung von Studien durch namhafte Architektur-/Ingenieurbüros zu Elbquerungen zwischen Johannstadt und Radeberger Vorstadt.

Ziel dabei ist, die Elbquerung besser dem Charakter des Weltkulturerbes Dresdner Elbtal anzupassen. Ein anspruchsvolles Ziel – und es gibt keineswegs die Sicherheit dieses Ziel auch zu erreichen. Aber dieser Versuch ist mehr als ehrenwert! Einmal aus der Verantwortung heraus, unser Elbtal in seiner Einzigartigkeit zu erhalten, aber auch diese Courage des Bürgermeisters, sich gegen seine eigene Partei zu stellen.

Sachliche Beweggründe stehen im Vordergrund, parteipolitischer Disziplinierung wird sich nicht unterworfen. Das ist Kommunalpolitik, so wie sie sich die Bürgerfraktion vorstellt. Respekt und Anerkennung!

Diese Vorlage wurde dann von den Fraktionen der PDS, der Grünen und der SPD so verändert, dass die Verwaltung ihre eigene Intentionen nicht wieder erkannte. Diese drei Fraktionen waren aber auch nicht bereit die Feßenmayr-Initiative zu unterstützen. So zog der amtierende OB Vogel am 19. April 2007 enttäuscht die Vorlage zurück und verkündete, sein Glaube, dass der Stadtrat eine Kompromissbereitschaft mehrheitlich zeigen kann, sei endgültig gestorben.

Wir, die Bürgerfraktion, selbst in der Sache nicht einig, waren aber der Meinung, der Dresdner Stadtrat muss alles unternehmen, um einen Kompromiss zu ermöglichen. Deshalb ergriffen wir die Initiative und erreichten in harten Verhandlungen mit den „Linken“ und Bürgermeister Feßenmayr, dass auf der Sondersitzung am 27. April 2007 diese Feßen-

mayr- Vorlage doch noch von der Mehrheit des Stadtrates beschlossen wurde.

Jeder einzelne Stadtrat der Bürgerfraktion hat dabei seinen eigenen Schatten überspringen müssen und damit gezeigt, dass es in dieser so verhärteten Atmosphäre noch möglich ist, sich zusammenzufinden. Dies war aber nur möglich, weil wir weder militante Brückengegner noch kompromisslose Befürworter sind. Von der CDU hätten wir auch mehr Engagement in Richtung dieser Kompromissbereitschaft erwartet. Das sture Beharren auf festgefahrenen Positionen und jetzt der Boykott als politisches Mittel haben noch nie zu sinnvollen Lösungen bei politischen Konflikten geführt.

Wir wissen nicht, ob der jetzt eingeschlagene Weg zum erwünschten Erfolg führt, wir hoffen es aber sehr. Für Dresden wäre es gut und nur ein Kompromiss würde den ewigen Streit in der Stadt beenden.

Dr. Albrecht Leonhardt

Notwendiger Nachtrag

Nachdem die Vergabekammer in Leipzig auf die Klage eines unterlegenen Bieters hin die Auswahl der Bieter als mangelhaft befand und die Stadt Dresden zur erneuten Auswahl in zwei Verfahren verpflichtete, sah sich der Vergabeausschuss (Wirtschaftsausschuss) am 24. Mai erneut vor der Frage, diesen Vergaben (Neustädter Brückenkopf mit Tunnelanbindung zur Stauffenbergallee und Beleuchtung des Verkehrszuges) zuzustimmen oder aber sie abzulehnen. Auf Antrag der Linksfraktion wurde dann über eine Vertagung bis zur Klärung noch offener Fragen (Bundesverfassungs-

gericht, Ergebnisse Perspektivenwerkstatt beziehungsweise Juni-Versammlung der UNESCO) entschieden. Hilfsweise war beantragt, beim Scheitern der Vertagung die Vergabe in den Stadtrat zu heben.

Mit knapper Mehrheit wurde die Vertagung bestätigt. Die Bürgerfraktion musste in der Konsequenz ihrer Entscheidung zur Perspektivenwerkstatt, die wir als letzten möglichen Versuch sehen, der UNESCO gesichtswahrend einen Verbleib des Titels im Elbtal auch bei einem Baubeginn zu ermöglichen, dieser Vertagung zustimmen.

Da seitens sämtlicher rechtsstaatlicher Instanzen (OVG, Sächsisches

Verfassungsgericht) der Bau der Brücke für uns ein Faktum ist und dem Bürgerentscheid die ihm gebührende Rechtsstellung klar bestätigt worden ist, richtet sich unser Abstimmungsverhalten mitnichten gegen den Bau der Brücke respektive den Bürgerwillen, sondern es ist Zeichen einer echten Kompromissuche in gewissermaßen letzter Minute. Wir akzeptieren eine Brücke an dieser Stelle, wollen aber auch die einzige noch mögliche Chance zur Erhaltung des Titels, die bei uns liegt, nutzen. Wie die Vertreter der UNESCO mit diesem Zeichen politischen Willens umgehen, kann niemand voraussehen.

Christoph Hille



Sind die Dresdner alles Dreckspatzen?

Mit dem Sommer und seinen lauen Nächten beginnt auch wieder die Grillsaison. Gerade die malerischen Elbwiesen laden förmlich dazu ein, sich gemeinsam mit Freunden das eine oder andere Würstchen zu brutzeln.



Die Landeshauptstadt hat dem aber seit 2004 einen strengen Riegel vorgeschoben. Nur wer 30 Euro zahlt und vier Wochen im Voraus eine Genehmigung beim Umweltamt beantragt, erhält mit etwas Glück Zugang zu einer der fünf (!) ausgewiesenen Lagerfeuerstätten; ein Zustand, der vor allem viele junge Dresdner Bürger verärgert.

Deshalb hat sich im April der Verein „elbgrillen e. V.“ gegründet, der sich zum Ziel gesetzt hat, dieses strenge Dresdner „Grill-Regime“ zu ändern. Der bislang hauptsächlich aus Schülern bestehende Verein fordert die Freigabe eines Teils der Elbwiesen zum freien Grillen und die Schaffung attraktiverer Grillplätze im Gebiet Elbwiesen- und Altarme.

Schon bald sollen den Dresdner Stadträten dafür Unterschriftensammlungen übergeben werden und Beratungen zu einer möglichen Änderung der zuständigen Polizeiverordnung beginnen.

Doch schon regt sich Widerstand. Die Flächen in dem Landschafts-

schutzgebiet böten Tier- und Pflanzenarten Schutz, Landwirte pflegen die Auen, so das Grünflächenamt der Stadt. Man habe bewusst nur fünf Feuerstellen ausgewiesen, an anderen Plätzen entstünden durch allabend-

aber auch der Stadtverwaltung den Dresdner Bürgern gegenüber. Es wird nicht einmal darüber nachgedacht, dass die Bürger vielleicht auch verantwortungsbewusst handeln könnten. Nein, es steht fest, dass, wenn man keine Verbote erlässt, diese Freiheit auf jeden Fall missbraucht wird. Also schmeißen die Bürger mit Sicherheit Ihren Dreck auf die Wiesen, wenn das Grillen erlaubt wäre. Dass ist das gleiche, wie zu behaupten, die Bürger würden sofort alle Bäume in ihrem Garten fällen, wenn dies nicht mehr verboten wäre (Seite 4) Die einzigen, die die Umwelt schützen, sind die Grünen – und alle anderen müssen durch Verbote dazu gezwungen werden.

Ein solches Menschenbild ärgert mich, denn ich bin überzeugt, dass viele Dresdner verantwortungsbewusst und liebevoll mit ihrer Umwelt und ihrer Stadt umgehen. Es sind eben nicht alles Dreckspatzen, denen erst durch Reglementierung der Weg gewiesen werden muss.

Franz-Josef Fischer

liches Grillen Lärmbelästigungen für Anlieger.

Auch die Grünen im Stadtrat haben sich öffentlich gegen den Verein gestellt. So müsse das Biotop von europaweiter Bedeutung unbedingt geschützt werden, wie Stadtrat Lichdi in einem Artikel der DNN (24. Mai 2007) sagte.

Interessant dabei ist, dass das dort ins Feld geführte Argument des erhöhten Müllaufkommens sehr vielseitig verwendbar ist. Wie die Stadt bereits vor vier Wochen mitteilte, sei durch das Grill-Verbot 2004 das Müllaufkommen an den Elbwiesen nicht gesunken. Also verschweigt man dies und weist darauf hin, dass das Müllaufkommen im gesamten (!) Stadtgebiet seit dem Verbot gesunken ist. So hat halt jeder seine eigene Wahrheit.

Was mich aber ganz besonders stört, ist diese Grundhaltung vor allem der Grünen,



Es ist Wahlkampf

Ein Kommentar

Es war am Rande einer der letzten Stadtratssitzungen, als ich zufällig ein Gespräch zweier Stadträte aus verschiedenen Parteien mitbekam. Man scherzte und klopfte sich auf die Schultern. Dann fiel dieser Satz: „Es ist Wahlkampf“

Halb im Spaß, halb im Ernst gesagt, sollte es wohl vor allem als Entschuldigung dienen. Dass man rhetorisch zur großen Keule gegriffen hatte, dass man zwar sehr wohl wusste, dass das Gesagte mit dem eigentlichen Thema nichts zu tun hatte – aber na ja – es ist eben Wahlkampf – das müsse man doch verstehen.

Zunächst tat ich diesen Vorfall mit inzwischen manifestierter Resignation vor der politischen Kultur dieses Rates beiseite, doch wenn selbst der amtierende Oberbürgermeister die Kritik an seiner Person beiseite tut mit der Bemerkung „Es ist Wahlkampf“, bedarf das zumindest einer Kommentierung.

Was soll das denn eigentlich heißen: „Es ist Wahlkampf“?

Wir befinden uns mitten in der Legislaturperiode, die nächste Kommunalwahl findet im Frühjahr 2009 statt. Das sind noch zwei Jahre!

Und was will man eigentlich aussagen mit der Bemerkung „Es ist Wahlkampf“? Im Politikverständnis mancher Parteistrategen bedeutet dies wohl vor allem eins: Hau den Lukas! Jedes Thema wird nur noch daraufhin abgeklopft, ob man ein möglichst breites Medienecho findet und alle mit etwas anderen Ansichten dazu in die Böse-Buben-Ecke stellen kann. Der politisch Andersdenkende wird zum Gegner, den man nach allen

Regeln der Kunst vorzuführen hat. Politische Initiativen aus anderen Fraktionen sind per se schlecht – man muss nur noch herausfinden, warum. Sollte inhaltlich nichts zu machen sein, weil man die Sache eigentlich gut findet, greift man halt die betreffenden Personen an und wirft mit Dreck. Die Parteien beschäftigen sich mit sich selbst.

Und Leute: Das müsst Ihr doch verstehen, es ist schließlich Wahlkampf. Da macht man das halt so.

Viel schlimmer noch ist allerdings der Gedanke, es könnte die Oberbürgermeisterwahl im nächsten Jahr gemeint sein. Ein Oberbürgermeister soll seine Stadt repräsentieren, nicht seine Partei. Ein Kandidat, der mehr am Wohlergehen seiner Partei orientiert ist – und genau das lässt ein

solches Politikverständnis befürchten – trägt nur zur weiteren Polarisierung und Konsensunfähigkeit der Dresdner Entscheidungsträger und damit zur Lähmung dieser unserer Stadt bei.

Ich kann nichts dagegen tun, bei einem solchen Politikverständnis bekomme ich regelmäßig peristaltische Probleme.

Es geht gar nicht mehr um den Willen zu gestalten, mitzumachen bei der Entwicklung unserer Heimatstadt. Es geht nur noch darum, wie viele Bürger man – egal mit welchen Mitteln – davon überzeugt, die Partei zu wählen. Das „Warum“ ist dabei nebensächlich. Das Wahlergebnis verkommt zum Selbstzweck.

Wie viel Schizophrenie bedarf es eigentlich, sich mit so einer Einstellung dann noch vor die Bürger zu stellen und zu behaupten, man wolle das Beste für Dresden? Das einzige, was man mit so einer Einstellung will, sind Wählerstimmen. Wie man sie bekommt, ist egal. Dass der Bürger dabei für dumm verkauft wird, nimmt man billigend in Kauf.

Man möchte es diesen Parteisoldaten laut ins Gesicht sagen: Wir sind hier in der KOMMUNALpolitik! Hier geht es ausschließlich um Dresden! Nicht um Richtlinienkompetenz oder den Beweis der Überlegenheit einer ideologischen Weltanschauung. Handlungsleitend sollte einzig die Frage sein, was gut ist für Dresden!

Doch wahrscheinlich ist es illusorisch, sich so etwas wie Sachlichkeit, Vernunft und fairen Umgang zu wünschen ...

Die nächste Wahl ist in zwei Jahren. Gute Nacht Dresden! Es ist Wahlkampf ...



Im Stadtteil engagiert

Mangelndes Bürgerinteresse in der Altstadt?

Im Rahmen der uns allen bekannten notwendigen Haushaltskonsolidierung gibt es seit längerer Zeit in der Stadtverwaltung und in den Stadtratsfraktionen Überlegungen, die Verwaltungsstrukturen für Dresden zu verändern. Im Klartext heißt das, dass in den kommenden Jahren die Ortsämter und die eingemeindeten Ortschaften verwaltungsmäßig neu organisiert werden. Verschiedene Varianten waren schon im Gespräch: von maximal 15 Verwaltungseinheiten über „so lassen wie es ist“ – also zehn Ortsämter bis minimal drei Einheiten.

Gegenwärtig wird in den Ortsbeiräten die sogenannte Siebener-Variante diskutiert, die vor allem von der Stadtverwaltung favorisiert wird. Die sieben Varianten wurden Ende März 2007 vom Beigeordneten für Allgemeine Verwaltung, Herrn Lehmann, im Ortsbeirat Altstadt in öffentlicher Sitzung vorgestellt. Diese Siebener-Variante sieht vor, unsere Stadt in sieben Ortsamtsbereiche und fünf Ortschaften zu gliedern (bisher zehn Ortsämter und neun Ortschaften). Einige Maßnahmen wurden bereits verwaltungsintern realisiert, die hauptsächlich zu Personaleinsparungen führten durch Neuverteilung verschiedener Aufgaben. Andere Möglichkeiten, die wesentlich zur Konsolidierung beitragen, zum Beispiel räumliche Veränderungen (Abgabe von Mietobjekten zugunsten städtischer Immobilien) werden noch geprüft, erläuterte Herr Lehmann.

Jede Ortsbeiratssitzung in allen Ortsämtern ist öffentlich. Die Termine und die Tagesordnung stehen rechtzeitig in der Tagespresse und im Amtsblatt (erscheint jeden Donnerstag) und werden in den Infokästen der Ortsämter ausgehängt. Die Termine können auch dort erfragt werden, denn sie stehen schon im Januar bis Jahresende fest.

Mich erstaunt und enttäuscht immer wieder, wie wenig Altstadtbürger ihr Recht auf Information wahrnehmen, wenn überhaupt jemand da ist. Bei diesem interessanten Thema,

das doch uns alle angeht, waren lediglich drei Altstadtbewohner als Gäste anwesend.

Anders ist es, wenn etwas zur Friedrichstadt auf der Tagesordnung steht. Diese Bewohner nehmen regen Anteil, sind gut informiert, bitten ums Wort, was sie selbstverständlich auch erhalten und helfen damit den Ortsbeiräten bei ihrer Meinungsbildung. Ich wünschte mir, dass das auch so wäre, wenn es um die anderen Stadtteile der Altstadt oder um unsere ganze Stadt geht, wie bei dem oben geschilderten Thema.

Ortsbeiratsmitglied kann nur sein, wer im jeweiligen Ortsamtsbereich wohnt, sich also bestens auskennt in seinem Umfeld. Stadtratsvorlagen, die sich zum Beispiel mit dem Baugehen, mit verschiedenen Einrichtungen wie Kindergärten/Krippen, Spielplätzen oder Maßnahmen zur Sicherheit, Verschönerung oder Umgestaltung usw. in ihren Bereichen befassen, sollen – bevor sie in den Stadtrat gehen – in den Ortsbeiräten vorgestellt und diskutiert werden. Damit haben auch die Bürger die Möglichkeit, sich zu informieren und ihre Meinung und Gedanken zu äußern.

Obwohl die Stellungnahmen der Ortsbeiräte nur eine empfehlende Wirkung haben, achten die meisten Stadträte darauf, dass sie das Votum des Ortsbeirates zur Kenntnis nehmen können. Nicht erst einmal wurde die Thematisierung einer Vorlage im Stadtrat abgelehnt, weil sie vorher nicht in diesem Gremium behandelt wurde.

Daran wird sich nichts ändern, wenn sich – wie eingangs geschildert – die Verwaltungsstrukturen ändern und sich nicht mehr zehn, sondern sieben Ortsämter mit ihren Beiräten mit den Geschicken der Stadt befassen. Damit bleibt das Recht der Bürger, daran teilzunehmen, erhalten und ich möchte sie alle dazu ermuntern, dieses Recht auch wahrzunehmen.

Gudrun Fischer



Richtigstellung

In einem in der SZ am 24. Mai 2007 erschienenen Artikel von Frau Lilli Vostry zu einem Eklat während der Sitzung des Neustädter Ortsbeirates wird der Name Friedrich Boltz mit der in Klammern gesetzten Bezeichnung (Freie Bürger) wiedergegeben. Ausdrücklich möchten wir an dieser Stelle, und der entsprechende Hinweis ist auch an die Redaktion der SZ gegangen, darauf aufmerksam machen, dass Friedrich Boltz nach wie vor Mitglied der so genannten „Bürgerliste“ ist und zu keinem Zeitpunkt ein „Freier Bürger“ war. Auch die Wiedergabe der Ereignisse in diesem SZ-Artikel lässt zu wünschen übrig.

Die Art und Weise, wie in bestimmten Neustädter Gremien mit demokratisch legitimierten Entscheidungen des Stadtrates umgegangen wird, bestätigt unsere Fraktion nur in ihrer grundsätzlichen Auffassung zur Richtigkeit der bisher leider immer noch nicht vollzogenen Umbesetzung im Neustädter Ortsbeirat. Friedrich Boltz hat ein weiteres Mal unter Beweis gestellt, dass er mit demokratisch legitimierten Entscheidungen nicht umgehen kann und vielmehr versucht, in anarchistischer Art und Weise diese Entscheidungen anzugreifen. Auch unter diesem Aspekt erscheint seine Oberbürgermeister-Kandidatur mehr denn je als PolitPosse.

Christoph Hille

Nachgehakt

Mit Beschluss des Schulnetzplans durch den Stadtrat wurde auch entschieden, dass die Grundschule in Bühlau ab nächstem Schuljahr keine ersten Klassen mehr bilden wird. Die verbliebenen Schüler werden auf die Schulen am Weißen Adler, in Rochwitz und in Loschwitz aufgeteilt. Allerdings ergab sich damit für die Bühlauer Kinder, die jetzt nach Rochwitz müssen, das Problem, dass dahin keine vernünftige Busverbindung existiert. Unser Stadtrat Jan Kaboth, der das Problem frühzeitig erkannte, trat daraufhin in Verhandlungen mit den DVB ein, die sich aber weitaus schwieriger erwiesen, als zunächst ange-

nommen. So musste die eigentlich favorisierte Variante der Verlängerung der Linie 84 bis nach Bühlau aus Kostengründen verworfen werden. Die Alternative, nämlich zumindest einzelne Fahrten der Linie 61 umzuleiten, wurde von den DVB mit dem berechtigten Hinweis der negativen Auswirkungen auf die anderen Fahrgäste abgelehnt. Aufgrund der relativ geringen Schülerzahl kam auch der Einsatz eines eigenen Schulbusses nicht in Frage.

Dem Engagement und dem Beharrungsvermögen Jan Kaboths ist es zu verdanken, dass jetzt eine Lösung gefunden werden konnte, die hoffent-

lich alle Betroffenen zufrieden stellen wird:

Mit Beginn des Schuljahres 2007/2008 wird die Linie 309 des Regionalverkehrs Dresden GmbH (RVD), die von Pulsnitz über Radeberg nach Blasewitz fährt, ab Bühlau über Rochwitz verlegt. Diese Lösung ist zwar noch abhängig von der Zustimmung des Straßen- und Tiefbauamtes, bietet aber mit einer sechsminütigen Fahrzeit vom Ullersdorfer Platz bis zur Grundschule Rochwitz eine so attraktive und vor allem sichere Beförderungsmöglichkeit für die Grundschüler, dass eine Zustimmung der Stadt als sicher gilt.

Nachlese

Im Zuge der Standortsuche für die fünf Bronzeplastiken, die früher im Touristengarten standen, hatte uns Herr Greilich auf eine scheinbar vergessene Skulptur am Rande der Baugrube der Staatsoperette aufmerksam gemacht. Die Plastik „Tischlein-Deck-Dich“ von Karl Schönherr (im Volksmund auch der „Goldesel“ genannt), stand von 1997 bis zur Sanierung der Prager Straße rechts neben dem Haupteingang des Hotels Newa Mercure und war im Zuge der Sanierungsarbeiten umgesetzt und dann vergessen worden.

Wir freuen uns, dass das Amt für Kultur und Denkmalschutz auf unsere Bitte, diese Skulptur doch wieder an ihren Ursprungsort zu stellen, umgehend reagiert hat und die Plastik jetzt wieder auf der Prager Straße zu finden ist!

Dresdner Fernsehturm reaktivieren

Seit mehr als 15 Jahren ist die Besucherplattform des Dresdner Fernsehturms geschlossen. Ein Umstand, der viele Dresdner mit Kummer erfüllt, war doch der Fernsehturm einst ein Wahrzeichen für unsere Stadt. In Abstimmung mit dem Förderverein Dresdner Fernsehturm e. V. hat die Bürgerfraktion daher einen Antragsentwurf erarbeitet, zu dem wir gern Ihre Meinung erfragen möchten. Teilen Sie uns daher bitte Ihre Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge oder auch Ihre Kritik bis zum 20. Juni 2007 mit:

Antrag der Bürgerfraktion

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Dresden erklärt ihr uneingeschränktes Be-

mühen, den Dresdner Fernsehturm wieder zu einem touristischen Anziehungspunkt und Ausflugsziel der Dresdner Bevölkerung zugleich zu entwickeln.

2. Dazu wird der OB beauftragt:

- unverzüglich Gespräche mit der Deutschen Telekom AG, dem Besitzer des Fernsehturmes, aufzunehmen mit dem Ziel, gemeinsame Schritte zu initiieren.
- infrastrukturelle Maßnahmen zu planen, um ein optimales, ungehindertes Erreichen des Fernsehturmes mit MIV (einschließlich Bus und Rad) als auch mittels ÖPNV zu sichern.
- mit der Deutschen Telekom AG ein Übereinkommen zu treffen, den Fernsehturm wieder als

Aussichtsturm und Höhenrestaurant zu nutzen. Dabei hat die Landeshauptstadt jedwede Unterstützung hinsichtlich der Realisierung der Investitionsmaßnahme anzubieten, zum Beispiel Fördermittel, Finanzierungsmodell u. ä.

- Sondierungsgespräche mit der Landesregierung zu führen, um den Freistaat in diese konzertierte Aktion einzubinden und dessen Möglichkeiten hinsichtlich einer schnellen Realisierung auszuerschöpfen.
- in die Gespräche die DWT GmbH einzubeziehen, um mittel- und langfristige den Dresdner Fernsehturm als touristische Attraktion im Weltkulturerbegebiet Dresdens entsprechend vermarkten zu können.

Betriebsausschuss Sportstätten und Bäder

Der Betriebsausschuss für Sportstätten und Bäder lenkt und kontrolliert den gleichnamigen Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Dresden. Der Eigenbetrieb verfügt über eine Vielzahl kommunaler Sportstätten, darunter fünf Hallenbäder, zwei Saunen, zwölf Freibäder, eine Eisschnelllaufbahn und eine Eishalle.

Zweck und Aufgabe des Eigenbetriebes sind die Planung, der Bau, die Betreibung und die Unterhaltung der Sportstätten, Bäder und Campingplätze der Landeshauptstadt Dresden sowie die allseitige Förderung des Sports und alle den Betriebszweck fördernde Geschäfte.

Aufgabe des Betriebsausschusses ist es daher, gemeinsam mit dem Eigenbetrieb die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die unterschiedlichsten Vereine in Dresden ihren sportlichen Aktivitäten nachgehen können.

Auch wenn seit der Flutkatastrophe 2002 sehr viel in die Wiederherstellung, Sanierung oder den Neubau von Sportstätten in Dresden investiert wurde, gibt es immer noch viele

Sportanlagen, die sich in einem teilweise sehr schlechten Zustand befinden. Dass zunächst ein Schwerpunkt auf die Verbesserung der Bedingungen für den Dresdner Spitzensport gelegt wurde, war gewollt. Nicht erst seit kurzem ist es aber dringend geboten, auch den Wünschen der vielen kleinen Vereine gerecht zu werden. Der erste schuldenfreie Haushalt der Landeshauptstadt hat dafür hervorragende Bedingungen geschaffen. So konnten im Gegensatz zu den Vorjahren für 2007 und 2008 jeweils 1,25 Millionen Euro zusätzlich für Investitionen eingestellt werden. Dass aber eine seit Jahren geforderte Sportkonzeption für Dresden, in der auch ein konkreter Bedarfsplan und eine Investitions-Prioritätenliste enthalten sind, immer noch nicht vorliegt, erschwert die Arbeit des Ausschusses erheblich. Hier ist die Stadtverwaltung in der Pflicht und wir werden im Interesse gerade der kleineren Dresdner Vereine, diese Konzeption weiterhin energisch einfordern!

Aus unserer Sicht ist auch die derzeit vorherrschende eingeengte

sportlich/finanzielle Sicht auf den Eigenbetrieb höchst problematisch. Mit der Förderung des Dresdner Vereinslebens, wie auch mit der Betreibung von Frei- und Hallenbädern, leistet er eine nicht zu unterschätzende soziale Arbeit. Wenn sich die Jugend im Freibad trifft, um gemeinsam zu planschen oder die Älteren im Hallenbad sich zum gemeinsamen Seniorenschwimmen treffen, so hat dies nur bedingt etwas mit Sportförderung zu tun. Wenn Jugendlichen in Sportvereinen Verantwortungsbewusstsein und Soziale Kompetenz nahegebracht wird, greift es zu kurz, dies nur unter dem Aspekt der Sportfinanzierung zu sehen. Vor allem hier würden wir uns eine (auch finanzielle) Zusammenarbeit mit Jugendamt und Jugendhilfeausschuss wünschen, da die vielen ehrenamtlich Engagierten in den Dresdner Sportvereinen freiwillig eine große soziale Verantwortung für unsere Kinder und Jugendlichen übernommen haben.

Vertreter der Bürgerfraktion im Betriebsausschuss für Sportstätten und Bäder ist Jan Kaboth.

Notiert

Die Bürgerfraktion im Dresdner Stadtrat erreichen Sie:

Neues Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, Zimmer I/211
Telefon (03 51) 4 88 23 83, Telefax (03 51) 4 88 23 84, E-Mail: buengerfraktion@dresden.de
Internet: www.buengerfraktion-dresden.de

- mit den Straßenbahnlinien: 1, 2, 3, 4, 7, 8, 9, 10, 11 und 12 (Haltestelle Pirnaischer Platz, bzw. Prager Straße)
- mit den Buslinien: 75 und 82 (Haltestelle Pirnaischer Platz und Prager Straße)
- mit dem PKW: Parkplätze am Dr.-Külz-Ring (Tarifzone 1, 20 Minuten kosten 50 Cent) oder natürlich zu Fuß bzw. mit dem Fahrrad.

Die Sprechzeiten sind dienstags zwischen 10 und 12 Uhr, mittwochs zwischen 15 und 18 Uhr sowie nach Vereinbarung.

Herausgeber

Bürgerfraktion im Dresdner Stadtrat
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
1. Etage, Zimmer 211
www.buengerfraktion-dresden.de

Telefon (03 51) 4 88 23 83
Telefax (03 51) 4 88 23 84
buengerfraktion@dresden.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion (V.S.d.P.)

Christoph Hille
Fraktionsvorsitzender
Fotos: GHND, Hille, www.Dresden.de